



Schwangerschaftsabbruch | 27.11.2020 | Nr. 444/20

## **Katja Rathje-Hoffmann: TOP 3: Schwangere Frauen brauchen unsere Unterstützung!**

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

ungewollt schwangere Frauen brauchen unsere Unterstützung und sie brauchen flächendeckend fachkundige Hilfe und Beratung. Hilfsangebote durch die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ oder z.B. durch die Initiative „Wellcome“, die praktische Hilfe durch ein ehrenamtliches Netzwerk nach der Geburt anbietet, haben dabei eine große Bedeutung. In besonderen Lebenslagen und/oder Krisen entscheiden sich Frauen auch dafür, eine Schwangerschaft nicht auszutragen.

Keine Frau trifft eine solche Entscheidung leichtfertig. Frauen in diesen Lebenslagen müssen wir unterstützen. Auch hier gibt es viele triftige Gründe für diese Entscheidung. Ein Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland nicht strafbar, wenn die betroffene Frau den Vorgaben der Beratungsregelung nach §218a StGB folgt. Die schwangere Frau muss sich mindestens drei Tage zuvor durch eine staatlich anerkannte Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle beraten lassen.

Erst dann darf der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 12 Wochen nach der Empfängnis durchgeführt werden. Die einzelnen Bundesländer sind nach dem Gesetz dazu verpflichtet, die Sicherstellung der Versorgung mit dieser ärztlichen Leistung zu gewährleisten. Diese medizinische Leistung kann ambulant in einer Fachpraxis oder auch in einer Klinik durchgeführt werden. Die Schwangere hat ebenfalls die Möglichkeit den Abbruch stationär in einer Klinik durchführen zu lassen.

Schwangerschaftsabbrüche finden in Deutschland überwiegend ambulant – zu 98,5 Prozent in einer Praxis oder in einer Klinik statt. So ist das auch in der Stadt Flensburg. Jüngst beschäftigte sich auch der Petitionsausschuss des Landtages mit einer Petition mit der Versorgungssituation zu Schwangerschaftsabbrüchen in der Region Flensburg. Hier ging es um ein niedrigschwelliges, medizinisch vielfältiges und würdevolles Versorgungsangebot in der Region. Dieser Petition liegt die Befürchtung zugrunde, dass sich im Rahmen der geplanten Fusion der beiden Kliniken Diako und St. Franziskus die Versorgungslage mit Schwangerschaftsabbrüchen verschlechtern wird.

Zudem steht im Raum, dass das bislang einzige klinische Angebot zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in Flensburg künftig wegfallen wird. Dazu ist jedoch

zu sagen, dass es bereits jetzt schon klinische Möglichkeiten in der Nähe gibt, so in Husum, Heide und Schleswig. Fakt ist, dass zu erwarten ist, dass im neuen geplanten Diako und St. Franziskus Klinikum keine Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden sollen.

In Kenntnis dieser Entwicklung hat sich in Flensburg ein örtlicher „Runder Tisch“ gegründet. Mit dem Ergebnis: die Stadt sichert, als Gewährleistungsträger, die Durchführung von sozialindizierten Schwangerschaftsabbrüchen auf dem „Peelwatt“ (das ist das neue Klinikgelände) zu. Die Stadt will eine dauerhafte, kommunale Lösung, was heißt, dass eine bei der Stadt Flensburg angestellte Fachärztin oder Facharzt das Angebot der Abbrüche gewährleisten soll. Die Träger des neuen Klinikums gewährleisten die medizinisch indizierte stationäre Versorgung bei den Schwangerschaftsabbrüchen. Diese Gesamtentwicklung begrüßen wir.

Zu der allgemeinen Versorgung in Schleswig-Holstein bemerkt das Sozialministerium in einem Schreiben von Januar 2020, ich zitiere: „Das Land hat keine Hinweise darauf, dass es in Flensburg zu Versorgungsdefiziten kommt oder kommen könnte. Auch wenn die Zahl der gynäkologischen Praxen durch die Bildung von medizinischen Versorgungszentren abgenommen hat, gibt es in der Region nach wie vor eine ausreichende Zahl an Ärztinnen und Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.“ Die Versorgungslage in Schleswig-Holstein ist zur Zeit gut. Wir werden die Situation im ganzen Land sorgfältig im Auge behalten, damit das auch in Zukunft so bleibt.

Ebenso wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Ausbildung zu Schwangerschaftsabbrüchen bedarfsdeckend ist und bleibt. Hier darf es ebenfalls nicht zu Engpässen kommen. Daher werden wir prüfen, ob Schwangerschaftsabbrüche fester Bestandteil der medizinischen Ausbildung werden könnten. Wir lassen die Frauen nicht im Stich!

Herzlichen Dank!